

Medienmitteilung vom 31. Januar 2019

Der erweiterte Vorstand der CVP Sense sprach sich an seiner Sitzung vom 30. Januar 2019 einstimmig gegen die Zersiedelungsinitiative aus.

Der vorgeschlagene Initiativtext sieht vor, dass neues Bauland nur noch eingezont werden kann, wenn eine ebenso grosse Fläche aus der Bauzone ausgeschieden wird. Eine Annahme dieser Initiative würde für Gemeinden einen absoluten Entwicklungsstopp bedeuten, welche keine Baulandreserven mehr haben. Diese Situation würde die Kantone mit starkem Bevölkerungswachstum, insbesondere auch den Kanton Freiburg, in deren Handlungsspielraum bei der Siedlungspolitik enorm einschränken. Der heutige Planungsspielraum, mit Baulandreserven für den Bedarf von 15 Jahren, würde dadurch hinfallen.

Ein Grossteil der Forderungen der Initianten wurde bereits auf Gesetzesebene verabschiedet. Die Regelung auf Verfassungsstufe wäre überflüssig und würde eher Widersprüche schaffen. Mit der letzten Revision des Raumplanungsgesetzes wurde bereits eine Reduzierung der überdimensionierten Bauzonen im Gesetz verankert.

Die CVP Sense lehnt aus den genannten Gründen die Volksinitiative der Jungen Grünen ab, weil sie die Zersiedelung eher verstärkt als entschärft.

Für Rückfragen:

Christine Bulliard-Marbach, Nationalrätin CVP Sense, 079 449 05 69
christine.bulliard-marbach@parl.ch

Laurent Baeriswyl, Präsident CVP Sense, 078 603 23 01
laurentbaer@hotmail.com

Simon Biemann, Öffentlichkeitsbeauftragter CVP Sense, 079 568 35 84
simon.bielmann@hotmail.com